

## ■ Riga auf Konfrontationskurs

## Versöhnungsboykotteure

Von Reinhard Lauterbach

Als vor zehn Jahren Russland den 60. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg feierte, fehlten drei Staatsoberhäupter auf der Ehrentribüne in Moskau: Die Präsidenten Estlands, Litauens und Georgiens hatten die Einladung ausgeschlagen. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder feierte mit Wladimir Putin unterdessen die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem russischen Volk als epochales Ereignis. Lang ist es her und soll vergessen werden.

Zehn Jahre später haben Estland und Litauen schon abgesagt, bevor sie eingeladen wurden. Lettland hat turnusmäßig die EU-Präsidentschaft inne. Das macht vergleichbare Demonstrationen für die Regierung in Riga schwieriger. Sagt sie auch im eigenen Namen ab, disqualifiziert sie ihre repräsentative Funktion innerhalb der EU. Die erlaubt – in Grenzen – eine Agenesierung. Deshalb will Lettland gleich die große Lösung anstreben: EU-Europa solle, so Außenminister Edgars Rinkevics unlängst vor Journalisten, geschlossen die Feiern am 9. Mai boykottieren. Um Putin nicht die Bilder zu überlassen, soll in Warschau eine EU-Gegenfeier zum Kriegsende stattfinden. Nicht einmal die Überwindung des deutschen Faschismus soll Russland mehr zugute gehalten werden. Die Botschaft lautet: Euer Sieg ist nicht der unsere.

Offiziell will die lettische Präsidentschaft ihren Boykottaufruf auf dem EU-Gipfel am 19. Januar in Brüssel vorbringen. Es läuft auf eine Kraftprobe hinaus, denn nicht

allen in der EU ist die antirussische Konfrontationspolitik geheuer, mit der sich die Balten wichtig machen. Es reicht Estland, Lettland und Litauen nicht mehr, ihre SS-Veteranen demonstrativ aufmarschieren zu lassen und ihnen Ehrenrenten zu zahlen. Sie sind – in dem Maße, in dem die USA die Konfrontation auf die Tagesordnung gesetzt haben – wegen ihrer geographischen Lage tatsächlich wichtiger geworden: Immerhin sind es von der estnischen Grenze nur 150 Kilometer bis nach St. Petersburg. Litauen betreibt »Demokratiförderung« in Belarus und schickt Waffen nach Kiew. Das Argument mit den Wunden der Vergangenheit, das die Balten so gern anführen, zieht nur bedingt. Auch Ungarn, Slowaken und Tschechen haben 1956 und 1968 unter der Sowjetunion gelitten und zählen heute trotzdem zu den »Russland-Verstehern« in der EU. Der baltische Russenhasse beschränkt sich nicht auf die Sowjetunion als sozialistisches System. Er richtet sich gegen die russischsprachigen Menschen, die im Zuge der Industrialisierung als Arbeitskräfte ins Land gekommen sind. In Lettland machen sie und ihre Nachkommen ein Drittel der Bevölkerung aus und fristen seit über 20 Jahren ein Dasein ohne Wahlrecht als »Nichtbürger«. Während Lettland russische Radiostationen im eigenen Land zwingt, auf Lettisch zu senden, fordert es von der EU Geld für einen russischsprachigen Fernsehkanal, der die »Nichtbürger« gegen die Moskauer Programme »impfen« soll. Wie war's denn mal mit Integration statt Ausgrenzung und Propaganda?

## »Die linksradikale Bewegung ist momentan im Umbruch«

Der Verfassungsschutz schlägt Alarm: In Berlin gibt es eine linke Gruppe, die besonders militant sein soll. Gespräch mit Kamila Bach

**Antifa in der Krise», konstatierte im vergangenen Jahr ein Kongress in Berlin. Nachdem sich landauf, landab etliche Gruppen aufgelöst haben, gibt es jetzt aber eine Neugründung: die »radikale linke berlin«. Warum?**

Die linksradikale Bewegung ist momentan im Umbruch. Alte Zusammenhänge haben sich aufgelöst, neue sind entstanden. Uns geht es darum, linken Widerstand zu organisieren. Die Gründung der »radikalen linken berlin« ist der Versuch, aus den Erfahrungen zu lernen, um gemeinsam in die Gesellschaft hinein wirken zu können. Wir wollen uns nicht von den Menschen abwenden und in einer »Szene« einrichten. Wo das Leben ist, muss auch die radikale Linke sein.

Wir haben uns dabei bewusst nicht »Antifa« genannt. Nicht etwa weil wir Antifaschismus für unwichtig halten – ganz im Gegenteil. Die rassistische Hetze gegen Flüchtlinge und die zunehmende rechte Gewalt zeigen, wie notwendig der Widerstand ist. Doch auch ohne Nazis würde es Armut, Hunger und Krieg geben, weil sie zum Kapitalismus gehören.

**Welche Spektren haben in Ihrer Gruppe einen Platz gefunden?**  
Wir sind angetreten, »traditionelle« Trennlinien zu überwinden, ohne inhaltlich beliebig zu werden. Wenn beispielsweise bei der »Mall of Shame« in Berlin Arbeiter protestieren, weil sie keinen Lohn bekommen, spielt es,

Kamila Bach ist Mitglied der »radikalen linken berlin«

wenn ich ihr Anliegen unterstütze, keine Rolle, ob ich Anarchistin oder Kommunistin bin.

Ein anderes Beispiel: Wenn wir wie jetzt versuchen, im Rahmen der Flüchtlingsproteste Positionen zu entwickeln, die die Rolle imperialistischer Politik, von Waffenexporten und ökonomischer Unterdrückung mitdenken, dann müssen wir uns nicht gegenseitig erst fragen: Bist du Maoist? Wie hältst du es mit Enver Hodscha? Wir wollen anhand konkreter Fragen entscheiden, wie wir zusammen handeln können.

**Braucht die linke Bewegung angesichts der aktuellen Probleme nicht viel eher ein Zusammengelen der Kräfte in den bundesweiten Strukturen als noch eine weitere Gruppe, die autonom agiert?**

Ob die »linke Bewegung« das braucht, wissen wir nicht – wir haben es gebraucht und deshalb gemacht. Wir haben festgestellt, dass es in Berlin viele Menschen gibt, die lange aktiv waren, aber nirgendwo mehr organisiert sind. Da hat sich ein Neustart angeboten. Wenn wir so weiter wachsen wie bisher, gründen wir ohnehin bald eine bundesweite Organisation, eine Europafraktion und eine eigene zwölfteilige Internationale.

**Der Berliner Verfassungsschutz hat Ihre Gruppe prompt als besonders militant dargestellt. Wie erklären Sie sich diesen Beiflex der Behörde?**

Die Geheimdienstler fürchten sich

davor, dass die radikale Linke interne Streitigkeiten überwindet. Das letzte, was die Repressionsbehörden wollen, ist eine kämpferische linke Bewegung, die sich auf ihre Gemeinsamkeiten bezieht und die in der Vielfalt von Positionen, Erfahrungen und Aktionsformen keinen Widerspruch, sondern eine Bereicherung sieht. Außerdem geht es den Beamten auch darum, ihre Arbeitsplätze zu sichern. Es ist nichts Neues, dass maßlos übertriebene oder schlichtweg gelogen wird, um eine Bedrohung aufzubauen. Gerade nach den NSU-Morden ist es für die Geheimdienste wichtig, Erfolgsmeldungen zu produzieren, um nicht völlig überflüssig zu wirken. Da kommt eine gefährliche neue linke Gruppe gerade recht. Wir haben das auch in einem offenen Brief auf unserer Internetseite thematisiert.

**Welche Projekte sind geplant?**  
Eine ganze Reihe, wir sprechen darüber aber noch nicht. Was ich sagen kann, sind einige Dinge, die schon öffentlich sind: Wir versuchen zur Zeit, die Flüchtlingsproteste zu unterstützen, sowohl politisch wie logistisch, etwa durch eine Essensausgabe. Wir beteiligen uns auch am Widerstand gegen rechte Mobilisierungen. Deswegen haben wir eine Wandzeitung geschrieben, die in diesen Tagen in Bezirken plakatiert wird, in denen sogenannte Bürgerproteste stattfinden. Ein anderes Feld ist der Kampf um das Recht auf die Stadt: gegen Gentrifizierung und steigende Mieten.

Interview: Florian Osuch

■ <http://www.radikale-linke.net>

## ■ Wechselbalg des Tages

## Raju Sharma



CARSTEN REINBERGER/BILD/UTK

Der 50jährige Jurist Sharma kennt Albig seit 2009, beide traten damals gegeneinander als Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt in Kiel an. Dass er sich jetzt seinem früheren Rivalen andient, kommentierte er laut *Hamburger Morgenpost* so: »Herrn Albig wäre meine Mitgliedschaft egal gewesen. Ich war aber durch mit der Linken.« Dass Sharma so abrupt die Seiten wechselt, hat wohl auch mit dem politischen Klima in der Führung der Linkspartei zu tun. Auf dem letzten Parteitag im Mai hatten die Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger durchgesetzt, dass mit Thomas Nord ein neuer Schatzmeister gewählt wird – laut Sharma eine »Intrige«. Kipping wiederum warf ihm ein »ein problematisches Kommunikationsverständnis« vor. »Wir haben bewusst darauf verzichtet, eine Liste zu führen, wer sich alles bei uns beschwert hat.«

In den Genuss eines »problematischen Kommunikationsverständnisses« ist auch die *junge Welt* gekommen. Mehrere Versuche, ein Statement oder gar ein Interview zu bekommen, scheiterten. Ihm ist das Blatt zu links: »Ich rede nicht mit der *jungen Welt!*« (pw)

Auf der linken Seite der Gesellschaft hat Raju Sharma schon so ziemlich alles abgehakt. SDAI, DKP und MSB Spartakus hatte er schon durchlaufen, bevor er 1992 für 13 Jahre in die SPD eintrat. Dann wurde er Mitglied der Partei Die Linke, kam in den Bundestag und zog für vier Jahre als Bundesschatzmeister ins Karl-Liebknecht-Haus ein. Und jetzt wechselt er wieder die Seite: Sharma dient seit Jahresanfang dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig (SPD) als Büroleiter. Aus der Linken sei er im Oktober ausgetreten, den Mitgliedsantrag für die SPD habe er schon gestellt, bekannte er in Medienberichten.

## ■ Abgeschrieben

■ Die Internetseite propagandischau.wordpress.com veröffentlichte am Donnerstag einen Auszug aus einem Interview, das *ARD»Tagesthemen«-Moderatorin Pinar Atalay mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Arseni Jazenjuk führte. Es war in den »Tagesthemen« am Mittwoch gesendet worden. Die Moderatorin hakte nicht nach, als Jazenjuk geschichtsrevisionistisch äußerte:*

**Pinar Atalay:** Sie treffen ja morgen auf Kanzlerin Merkel. Sie erwarten eine Menge von ihr, Merkel aber auch viel von Ihnen. Womit wollen Sie die Kanzlerin überzeugen, damit sie Ihnen und Ihrem Land weiter hilft?  
**Arseni Jazenjuk:** Deutschland und die Bundeskanzlerin persönlich machen sehr viel, um den Frieden in der Ukraine wiederherzustellen. Und nicht nur in der Ukraine, sondern um die Stabilität in ganz Europa zu gewährleisten. Die russische Aggression in der Ukraine, das ist der Angriff auf die Weltordnung und auf die Ordnung in Europa. Wir können uns alle sehr gut an den sowjetischen Anmarsch auf die Ukraine und nach Deutschland erinnern. Das muss man vermeiden, und keiner hat das Recht, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges neu zu schreiben. Und das versucht der russische Präsident, Herr Putin, zu machen. Konkret zur Unterstützung: Die Unterstützung liegt darin, dass wir einheitlich bleiben.

■ Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Bundestag, erklärte am Freitag zu der von SPD und Union nach dem terroristischen Überfall auf die Redaktion des französischen Satiremagazins *Charlie Hebdo* erneut ins Spiel gebrachte Vorratsdatenspeicherung:

Ich würde es begrüßen, wenn Union und SPD sich eine Tatsache einmal auf Vorrat abspeichern würden: Eine Vorratsdatenspeicherung, die im Einklang mit unserem Grundgesetz und der Europäischen Datenschutzrichtlinie steht und dann noch brauchbare Daten für Sicherheitsbehörden liefert, ist nicht umsetzbar. Das abzuspeichern hätte den Vorteil, dass sie sich auf die wichtigen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen konzentrieren könnten.

Unsere Antwort auf den Anschlag sollte sein: Mehr Demokratie, mehr Bürgerrechte und erst recht mehr Satire, mehr Kritik an Politik, Religionen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Ich bin es leid, dass Union und SPD jeden terroristischen Angriff auf die Demokratie zum Anlass nehmen, demokratische Bürgerrechte in Frage zu stellen. Nach dem traurigen Anschlag in Paris hat es die CSU keine 24 Stunden geschafft, ihren Reflex zu unterdrücken, den Angriff zur innenpolitischen Profilierung zu nutzen. Zu begrüßen ist immerhin, dass NRW-Innenminister Jäger zumindest von der Mär des sicherheitspolitischen Allheilmittels abgerückt ist und endlich

festgestellt hat, dass die Vorratsdatenspeicherung eben keine Attentate verhindert. Tatsächlich ist der Nutzen der Vorratsdatenspeicherung nie belegt worden. Die Innenminister sollten lieber ihren Job machen und die ihnen unterstellten Sicherheitsbehörden erst einmal in die Lage versetzen, ihre jetzigen Befugnisse zu nutzen, statt durch den Griff in die Überwachungsdatenbank Aktivität zu simulieren.

■ Julian Reichelt, Chefredakteur von *Bild.de*, machte am Freitag den Verantwortlichen für den Terroranschlag auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* aus:

Die vergangenen zwei Tage habe ich in Washington D.C. verbracht und dort für Sie recherchiert, wie US-Geheimdienstler und Militärs mit jahrelanger Erfahrung in der Terrorismusbekämpfung (CT, sagt man in Washington, Counter Terrorism) auf die Anschläge von Paris und die Sicherheit Europas blicken. Ihre Analyse ist furchterregend: Alle drei sagen weitere Anschläge nach dem Muster von Paris voraus. Alle drei sagen, dass es nie zuvor in Europa so viele, militärisch so gut ausgebildete und kampferprobte, so radikalisierte junge Männer gegeben hat. Und alle drei sind sich einig, dass niemand der Verhinderung von Terroranschlägen so sehr geschadet hat wie Edward Snowden mit all dem, was er über technische Überwachung enthüllt hat. (...)